

Dresdner Volkszeitung

Dr. Adolphstr. 20, Dresden, Nr. 20614

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Herausgeber: Dr. Gehr. Krenzsch. Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Portofreie monatlich 2.00 R. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 R., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.00 R.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferpl. 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions-Bettendorferpl. 10. Tel. 26261. Geschäftzeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Zeile 60 Pf., darunter 40 Prozent Zuerstzählung, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zählung). Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Aufnahme an vorerzielten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 160.

Dresden, Dienstag den 15. Juli 1919.

30. Jahrg.

Wissells Abschiedsgesuch.

Das Abschiedsgesuch, das der Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell am 12. Juli an den Reichspräsidenten überreichte, hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichspräsident! Das Kabinett hat auf Befehl der Regierung die Interpellation Krusftadt und Genossen und einige andere Beschlüsse des Reichstages zur Kenntnis genommen. Die Entscheidung ist gegen mich gefallen. Ich habe am gleichen Tage dem Reichspräsidenten mein Entschieden erklärt. Ich würde sofort gehen, wenn nicht die Verhandlungen über den Fortschritt der Sozialdemokratischen Fraktion der Deutschen Nationalversammlung dem Reichspräsidenten bekannt wären. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Das Ergebnis ist ein solches, das ich mir meine Verantwortung bewusst machen kann, noch länger als Wirtschaftsminister zu sein. Ich bitte daher, mich von meinem Amt als Reichswirtschaftsminister zurückziehen zu lassen.

Die von mir seit der Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums verfolgte Wirtschaftspolitik ist von Anfang an einheitlich bis zum letzten Augenblick gewesen. Wie ich noch über das Wirtschaftsministerium — wie ich nicht in die Verantwortung zurückgehen möchte: auf das Drängen meiner Fraktion — in Berlin überkommen habe, bin ich von Vertretern der Fraktion nicht nur in die Grundgedanken der von mir beschlossenen Wirtschaftspolitik gefordert worden, ich habe darauf eine schriftliche Antwort erteilt und sie am 16. Februar durch die Presse gegeben. Ich bitte, daß es einer planmäßigen Zusammenfassung aller Kräfte, einer Einordnung der verschiedenen Wirtschaftsaktionen in die Gesamtwirtschaft Deutschlands bedürftig sei, um aus dem Zusammenbruch heraus zu einem Neuen zu gelangen. Von diesem, meiner Verantwortung entsprechenden Grundgedanken, bin ich bei der Ausführung ausgegangen.

Ich habe aus diesem meinem Grundgedanken nie ein Wort gewendet. Ich habe die Maßnahmen der von mir für richtig gehaltenen Wirtschaftspolitik im Reichstagsbeschluss der Nationalversammlung am 6. März zum Ausdruck gebracht. Ich habe diesen Grundgedanken vertreten bei der parlamentarischen Beratung des Sozialversicherungsgesetzes und bei der Beratung der Handelsinterpellation. Ich habe sie vertreten in einer Rede vor dem Hamburger Kaufmanns Ende April und vor dem Berliner Industriellen und Kaufmanns Anfang Juni. Insbesondere ist es mir von meinen eigenen Parteigenossen, abgesehen von gelegentlichen Bemerkungen, nicht entgegengetreten. Ich möchte um so mehr glauben, daß meine Parteigenossen hinter mich stehen, als daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag der letzte Sonntag der Sozialdemokratischen Partei erklärt hat, daß die Partei geschlossen hinter meine „Wirtschafts“-Räte, und daß der Parteitag einen Antrag einbrachte, der diesen meinem Grundgedanken Ausdruck gab. Die Aufstellung der hier erstellten von meinem Parteigenossen genehmigten, ich muß die notwendige Konsequenz daraus ziehen.

Einem organisatorischen Aufbau des Wirtschaftslebens Deutschlands bleibe ich nunmehr, wenn dieser Aufbau in einem Maße von den Wirtschaftskreisen, die die Verantwortung über die Wirtschaft haben, und der alle Kräfte des schaffenden Volkes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Industrie und Landwirtschaft, zu gemeinsamer Arbeit in treuer Mitwirkung der Gewerkschaften gegenüber zusammenbringt. Ich habe von den Pflichten der Einzelnen zu erfüllen, was gesprochen und diese soziale Pflicht der Gesamtheit gegenüber in klarer Weise im Entwurf des Sozialversicherungsgesetzes zum Ausdruck gebracht.

Ich mußte, daß es mich immer ungenügend ist, von Pflichten zu sprechen und mich abzuheben, die mich entgegen, die Folgerung zu ziehen, das zu tun, was aus der Pflicht ergibt. Mein Maßstab für die Erfüllung der Pflicht hat nicht überall die Erfüllung gehabt, die ich im Interesse unseres gemeinsamen Volkes gewünscht hätte. Ich bitte, daß die Zukunft, die in der sich Deutschland befindet, im Falle und in allen seinen Richtern die notwendige Kraft erweisen lassen würde, um in ernster Arbeit an sich und der Gesamtheit in treuem und einträglichem Zusammengehen aller Teile des Volkes den Weg zu einem neuen Leben zu finden und zu finden. Bei mir habe ich mich weniger beim Volk als bei den politischen Führern schuldig gefühlt. Ich habe es für mich selbst empfunden, daß zur Zeit mein Programm, das der Pflicht des einzelnen gegenüber der Gesamtheit, von mir gegenüber den gemeinsamen Vorgesetzten, durchgeführt werden kann. Ich bitte, daß es für mich empfindlicher sein wird, wenn ich von heute an keine Verantwortung mehr über mich legen darf, für längere als für einige Wochen hinaus zu denken und Entscheidungen zu fassen. Nichts hat mich so sehr erschüttert, als die Tatsache, daß man meinen Plan, den Plan eines Mannes, dem tiefes Einbringen in die Probleme der Zeit und volle Aufrechterhaltung oberstes Bedürfnis ist, so bürgerlich hat abgelehnt. Ich bin in klarer Erkenntnis der verantwortlichen Art und Weise, die allein aus ihr herauszuführen können, der Parteipolitik vorzuziehen. Die gegenwärtigen Politiker können nicht abgelehnt, weil sie das Problem, das Deutschland ist und was nicht abgelehnt werden kann, nicht fertig sind mit dem Problem der sozialen Revolution, in der wir uns und noch immer befinden.

Ich erhebe nicht den Anspruch, daß mein Plan der allein und ausschließlich richtige ist, aber irgendwelche andere programmatischen Vorhaben haben mir nicht entgegengefallen. Ja, ich habe die Verantwortung genommen, daß manchem politischen Führer zur Zeit ein programmatisches Vorhaben an sich nahe genug ist. Das eine programmatische Vorhaben hat die heutigen parlamentarischen Systeme eine nationale Rolle der heutigen parlamentarischen Systeme sein, aber es ist nicht für ein Amt zu erlangen, in dem eine weit vorausgehende Politik geübt werden muß.

Wenn ich unter diesen Umständen aus dem Kabinett zurücktrete, so wird dieser Entschluß durch die Beobachtung bestätigt, daß es mir zu meiner Freude unmöglich war, entgegen der Partei die Verantwortung für meine Politik zu übernehmen, daß ich aber nur im Vollbewußtsein von Vollmacht und politischer Verantwortung an die Spitze des organisierten

Volkes treten kann. Meine Absicht war es, sowie es meine Stellung mit sich brachte, zwischen dem Drängen der produktiven Wirtschaft und der Selbstverwaltung und dem Bestehen der Politik am hergebrachten Regierungssystem zu vermitteln. Dazu gehört jedoch, in den entscheidenden Momenten, die vor uns liegen, ein Raum, den das Vertrauen auf beiden Seiten nützt. Nachdem ich meine Absichten im Kabinett und in der Partei im Stillen gelassen habe, wird durch die Bewegung der produktiven Wirtschaft nicht mehr möglich, aber an ihrer Spitze mag sich besser oder schlechter ein freier Führer, als unternommen ein überkommener Minister stellen. Ich jedenfalls habe keine Neigung, die große, doch kometende Reform dadurch zu schwächen, daß ich sie mit gesellschaftlichen Händen zu lenken versuche.

In meinem Bekannten bestreite ich nicht meine Unterwerfung unter die Verantwortlichkeit, die dem Reichspräsidenten zufließt. Ich habe ihn gebeten, meinem Nachfolger bei der Durchführung in die Angelegenheiten beifällig zu sein und in den nächsten Tagen das Amt zu führen. Damit keine weiteren Gerüchte um sich greifen, habe ich dieses Schreiben zugleich an die Presse gegeben.

Klärung.

Aus Weimar wird uns berichtet: Den Unterhandlungen unserer Fraktion ist es gelungen, mit dem Zentrum zu einer Einigung zu gelangen, über deren Wert die Ansichten zwar geteilt sind, mit der aber jedenfalls nunmehr geredet werden muß, da sie die Grundlage bildet, auf der für absehbare Zeit die Reichsregierung und die Nationalversammlung stehen sollen. Jedenfalls hat sich der Widerstand eines Teiles der Fraktion und der Partei gegen den ursprünglichen Stand des Kompromisses als gegenstandslos erwiesen; denn immerhin sind einige annehmbare Verbesserungen erzielt.

Zunächst ist im springenden Punkt die Entscheidung über den Reich nach den Einzelstaaten übertragen, sondern innerhalb der einzelnen Gemeinden wird es dem Ermessen der Eltern überlassen, ob sie ihre Kinder in eine konfessionelle, eine Gemischt- oder weltliche Schule geben wollen!

Das Kampffeld ist also jetzt in die Kommune verlegt. Die Einzelheiten werden im Reichstage reguliert, bis zu dessen Urtag die jetzt bestehenden Verhältnisse erhalten bleiben. Damit ist neben den bisherigen zwei Schularten als dritte die religionsfreie Schule durch die Verfassung verbrieft oder in ihr verankert, wie man jetzt so gern sagt.

Die Freude an diesem Teil der Vereinbarung wird dadurch stark herabgemindert, daß es leider nicht gelungen ist, die Zulässigkeit der Erziehung von Privatschulen zu befechtigen. Damit — so meinen die bürgerlichen Genossen und andere — ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die Katholiken überall, wo die Dinge nicht zueinanderlaufen, schliesslich doch das rettende Hintertürchen finden. Nichtsdestoweniger glaubt eine kleine Mehrheit unserer Weimarer Fraktion, allerdings bei sehr niedriger Anwesenheitszahl, trotzdem über diese Verträge geben zu sollen und der Antrag auf Annahme der Vereinbarung wurde zum Beschluss erhoben. Damit ist die Lage zwar nicht übermäßig befriedigend, aber doch klar und schon das wird unter den derzeitigen Verhältnissen wenigstens vorübergehend wie eine Erlösung.

Daß zwischen Sonnabend und Montag eine Klärung eingetreten ist, ergab sich schon aus dem Verlauf der Sitzung des Reichstages, denn die Tagesordnung konnte bis auf kleine Reste aufgearbeitet werden, ohne daß Verweisung der Beschlussefähigkeit oder sonst eine Störung dazu gekommen wäre.

Ende des Berliner Streiks.

Berlin, 14. Juli. In den heute abend abgehaltenen Versammlungen der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn wurde beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen. Auch die Omnibusangestellten beschließen die Wiederaufnahme der Arbeit, so daß gleichfalls der Omnibusbetrieb morgen früh wieder im Ganzen sein dürfte. Die Hochbahnangestellten stimmen mit einer Mehrheit, die sich wie 2:1 verhält, für Fortsetzung des Streiks.

Demnach hat der Berliner Verkehrsstreik sein Ende erreicht, denn es ist kaum zu erwarten, daß die Hochbahnangestellten auf eigene Faust weiterstreiken. In den Versammlungen am Montag ist es freilich vor der Abstimmung heftig hergegangen, namentlich in denen der Straßenbahner. Priorgewinn lag die Entscheidung. In mehreren Depots im Osten und Norden Berlins, wo die Zahl der noch dem Streik eingestellten Leute größer ist als die der alten Verbands, wurden radikale Elemente „Aufführungsversammlungen“ durchgeführt, in denen Angriffe auf die Streikleitung erfolgten und für die Fortsetzung des Streiks propagiert wurde. Es wurde u. a. gesagt, daß die Verkehrsbehörden schon noch würde u. a. geklagt, daß die Verkehrsbehörden bewilligen würden, da die Zahl der Arbeiterkraft und des größten Teiles der Bevölkerung

iner Bevölkerung auf Seiten der Streikenden seien. Trotz der Sicherheit aber, mit der durch derartige Redensarten ein völliges Bestehen des Streiks in Aussicht gestellt wurde, hat bei den Ausständigen die Vernunft geblieben. Die Angestellten der Hochbahn werden sich voraussichtlich der Wahrheit anschließen.

Berlin, 14. Juli. Im Berliner Straßenbahnerstreik hat der Arbeitgeberverband dem Transportarbeiterverband wissen lassen, daß er sich an das Abkommen nur halten wolle, wenn noch heute keine der Arbeitnehmer ein entsprechendes Bescheid zustandebringe. Ein abgelehnter Bescheid und weiterer hinauszuweichen der Angestellten, würde zu sehr einschneidenden Maßnahmen für die Streikenden führen müssen. Wenn bis Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde, so würden die Streikenden entlassen werden.

Die Banken lehnen den Schiedsspruch ab.

Berlin, 14. Juli. Der Verband der Berliner Bankleistungen teilt mit, daß er wegen der gewichtigen Bedenken, die er schon während der Verhandlungen in Schiedsschlichtung gegen wesentliche Teile des Schiedsspruches geäußert hat, sich nicht in der Lage sieht, den in Gestalt des Schiedsspruches am 6. Juli gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Der Verband hat an amtlicher Stelle die Ablehnung des Schiedsspruches erklärt.

Proteststreik in Hamburg.

Hamburg, 14. Juli. Nach der kommunistischen Arbeiterzeitung hat gestern eine Versammlung der Gewerkschaften, Funktionäre und Delegierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftshaus wegen der Verbesserung des sozialen Zustandes der Arbeiter beschlossen, ihren Verbandmitgliedern für Dienstag den 15. Juli einen einseitigen Proteststreik zu empfehlen. Die Angestellten des Verbandes führen ein Kommando sämtlicher Werkschichten ab. Die Verteilung der sozialdemokratischen Partei Groß-Hamburgs fordert im Hamburger Echo ihre Mitglieder auf, der Empfehlung eines einseitigen Ausstehens durch den Metallarbeiterverband nicht zu folgen, da es den Gewerkschaften nur gelte, über wirtschaftliche Zustände zu berichten, während es sich hier um einen politischen Ausstaus handele, dessen Empfehlung für die Gewerkschaften sehr verhängnisvolle Folgen haben könne.

Aufgehobener Belagerungszustand.

Hannover, 14. Juli. Der Belagerungszustand über Hannover-Sindern ist mit Wirkung vom 14. Juli, mittags von 12 Uhr an, aufgehoben worden.

Die französischen Sozialisten und der Friedensvertrag.

Paris, 14. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat in der gestrigen Ratssitzung die Beschlüsse über den Friedensvertrag angenommen. Darüber einig, gestützt dem Friedensvertrag eine Stellung einzunehmen, die zwischen den beschlossenen Forderungen der Sozialisten und dem Friedensvertrag eine Balance darstellt als im Widerspruch mit dem Internationalen Sozialistenkongress in Bern im Februar 1919 aufgestellten Bedingungen. Die Grundzüge des Friedensvertrages seien ungenügend, um den Weltfrieden zu gewährleisten. Aus diesen Gründen verlangten die Sozialisten den Abschluß des Friedensvertrages durch die Sozialisten dem Vertrage ihre Zustimmung verweigern. Grundbegriff ist die in einem scharfen Streit der Art und Weise über, in der erst von der Militärverwaltung im Schiedsgericht wurde. Ein betriebliches Regime müsse aufgehoben werden. Die einschüchternden Sozialisten hätten sich bis jetzt eine gewisse Zurückhaltung aufbewahrt. Von nun an über seien sie entschlossen, gegen alle besatzenden Verhältnisse energisch vorzugehen. Demnach schloß sich demnach die Erklärung namens der Sozialisten des Unterhauses, dem Voraussetzungen in längeren Ausführungen den Arbeiterkongress, namentlich die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln. Aufschub sei nicht in der Lage, die von ihm geforderte Aufschubsumme zu bezahlen. Nach seiner Ansicht habe der Protestkongress das Programm Willens nicht beibehalten. Trotz dem wollte demnach die eine spätere Revision herbeiführen, mit einem scharfen Streik den bewilligen und sich der Abstimmung enthalten. Einmütig beriet den gleichen Standpunkt. Nach seiner Ansicht sei der Friedensvertrag abzulehnen. Deutschland in die Arme zu werfen. Das schließt die Bolschewisten. In Paris sind die Arbeiter nicht dem Streik von morgen. Der Arbeiterverband verweigert nicht den Streik, aber es sei für eine Revision des Vertrages. Der Arbeiterverband wolle, daß die Verhandlungen nicht geschlossen werden müssen. Eine kleine Partei, die sich für den Abschluß des Friedensvertrages nicht entscheiden will, habe keine Wahl. Dabei sollte die Revision des Vertrags nicht in die Hände der Bolschewisten fallen. Eine Revision auf 15 Millionen Lose sollte nicht stattfinden. Dies sei für die Arbeiter eine bessere Lösung. Heute hat die Arbeiterzeitung die Revision auf 15 Millionen Lose nicht in der Hand. Heute hat die Arbeiterzeitung die Revision auf 15 Millionen Lose nicht in der Hand.

Zurückgezogene Aufhebungsbefugnungen.

Paris, 13. Juli. Die Regierung hat die Aufhebungsbefugnung für gewisse Lebensmittel infolge des Sinkens der Preise wieder zurückgezogen.